

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/178

Bad Godesberg, den 18. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Der Generalrenner heißt Frieden 52

Zu Herbert Wehners Konturierung der Bonner Politik

2 Ein verdienstvoller Mann 37

Zum Tode von Hans Christoph Seebohn

GLOSSE:

3 Deklassiert ? 35

Wenn Generäle a.D. reisen ...

Von Günter Grossmann

4 Hilfe für Gastarbeiter 48

Schwedische Wochenzeitung in fünf Sprachen

5 - 6 Die demokratische Opposition in Griechenland formiert sich 62

Erster illegaler Aufruf der Zentrums-Union

* * *

Der Generalnenner heißt Frieden

Zu Herbert Wehners Konturierung der Bonner Politik

Die mit veralteten Vokabeln arbeitende Kritik von Kreisen, die zur Vermeidung noch deutlicherer Bezeichnungen unter der Marke "konservativ" firmieren mögen, an der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung hat sich, aneinander reibend und selbst erhitzend, in einer Weise gesteigert, die ein klares Wort nachgerade notwendig macht. Bis zu einem anderen Anlaß soll die eine, die parteipolitische Komponente dieser Redensarten-Kritik zunächst einmal beiseite gelassen werden. Im Augenblick interessiert, weil, vom Ganzen her gesehen, gefährlicher, die andere Seite, die, sollte sie widerspruchselos weiterlaufen dürfen, skeptischen oder mißtrauischen Beobachtern im Ausland Anlaß bieten könnte, diese neue Bonner Deutschland- und Ostpolitik im Ansatz und im Ziel zu mißdeuten und damit ihren Erfolg wenn schon nicht unmöglich zu machen, so doch aufs äußerste zu erschweren.

Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und stellvertretende SPD Vorsitzende Herbert Wehner hat als einer der Hauptträger der Deutschland- und Ostpolitik vor der Würzburger Gesellschaft für politische Bildung die Konturen dieser Politik scharf nachgezogen. Er hat keinen Zweifel daran gelassen, daß im Sinne der Regierungserklärung der Großen Koalition die Friedenspolitik der Generalnenner aller Bemühungen des aus Christ- und Sozialdemokraten gebildeten Bonner Kabinetts ist und daß diesem Ziel alles zu- und untergeordnet wird. Hiervon ausgehend fügen sich die einzelnen Aspekte der Bonner Politik fugenlos zu einem klaren Bild zusammen. Der auf Entspannung und Friedenssicherung ausgerichtete politische Wille will den von der Welt erwarteten deutschen Beitrag initiativ und aktiv auch im Zustande der deutschen Teilung leisten, wohl wissend, daß die Lösung der deutschen Frage, also ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Teile, nur möglich und denkbar ist, wenn dieses europäische Kardinalproblem in den großen Prozeß der Überwindung der Spaltung Europas eingebettet wird.

Die deutsche Politik des Friedens und der Verständigung muß daher darauf aus sein, stück- und etappenweise jenes Maß an Vereinigung der Deutschen zu erreichen, das in Europa möglich sein kann. Daß wir Deutschen und der gesamte Westen dabei in den nächsten Jahren gezwungen sein werden, sich mit den z.B. in Karlsbad entwickelten Europaplänen kommunistischer Provenienz auseinanderzusetzen, macht die Sache nicht leichter. Man wird daher versuchen müssen, durch eigene Initiative und Aktivität auf gewisse Teilergebnisse zuzusteuern, die das Interesse des Ostens an der Kooperation mit uns erwecken könnten.

Im Zustande der innerdeutschen Verkrampfung wird freilich der deutsche Beitrag zu einer gerechten Friedensordnung nicht geleistet werden können. Ungeachtet der nüchternen und illusionslosen Einschätzung der in der DDR heute gegebenen Lage bleibt es bei der von Herbert Wehner erneut erhobenen Forderung, daß jeder Verantwortliche in Deutschland, wo immer er steht, seine Pflicht für Deutschland, für Europa und für den Frieden tun muß. Gerade auch daran wird uns die Welt messen, im Westen und im Osten. Dazu ist ganz kühl zu sagen, daß der, der die Friedenspolitik der Bundesregierung als "Konzessionsbereitschaft" abzuqualifizieren versucht, von der wirklichen Lage und von der Entwicklung in der Welt nichts weiß oder wissen will. Die deutsche Teilung läßt sich weder mit Gewalt beseitigen noch durch Tricks wegmogeln. Uns bleibt nirgendwo die Konfrontation mit den Realitäten erspart. Dazu werden wir einen starken Willen und klare Einsicht in die wirkliche Lage haben müssen.

Ein verdienstvoller Mann

Zum Tode von Hans-Christoph Seebohm

ler - Als Verkehrsfachmann war er eine anerkannte Autorität, als Politiker, den sein Temperament bei Massenversammlungen durchgehen ließ, geriet Hans-Christoph Seebohm oft ins Zwielficht, zog er sich manche Vorwürfe und Anklagen zu. Seine Energie und Arbeitswut kannte keine Grenzen. Sein phänomenales Fachwissen auf dem Gebiet des Verkehrswesens erregte die Bewunderung aller, die mit ihm zu tun hatten. Von 1949 bis 1966 leitete er das Bundesverkehrsministerium, wollten und konnten die Vorgänger des jetzigen Bundeskanzlers nicht auf ihn verzichten. Seine Nichtwiederverwendung im Kabinett der Großen Koalition mag ihn tief getroffen haben. Wenn die Verkehrsprobleme von heute den Bürgern der Bundesrepublik auf den Nägeln brennen, so ist die Schuld daran nicht immer bei ihm zu suchen. Der Verkehrsminister fand oft nicht das Gehör der früheren Regierungen, stieß auf Unverständnis. Der Druck mächtiger Interessentenverbände erwies sich manchmal stärker als die Durchschlagskraft seiner verkehrspolitischen Einsichten.

Hans-Christoph Seebohm war aus ganzem Herzen Konservativer, mit allen Licht- und Schattenseiten. Die Leute taten ihm Unrecht, die in ihm einen wilden Nationalisten und rachedürstigen Revanchisten sahen. Seebohm stand auf dem Boden der Magna Charta der Vertriebenen, die Gewalt als Mittel der Politik verurteilt. Als leidenschaftlicher Politiker konservativer Richtung übersah er freilich nicht immer die Konsequenzen seiner Sonntagsreden. Sie stifteten manche Verwirrung bei unseren Nachbarn an und gaben Anlaß zu besorgten Spekulationen und zu heftigen Angriffen auf die Bundesrepublik. Der Bundesverkehrsminister wußte sehr viel von der Geschichte, doch seine Grundeinstellung verwehrte es ihm, die neuere Geschichte so zu verstehen und zu begreifen, wie es die Lage unserer gespaltenen Nation um des besseren Selbstverständnisses willen erfordert. Hier unterlag der wägende Verstand einer brennenden Leidenschaft, die ihn fortriß und den Blick für die Realitäten trübte. - Der Politiker Seebohm mag seine Fehler gehabt haben. Seine Verdienste um den Wiederaufbau der Bundesrepublik bleiben jedoch unbestritten und sind im Buch der Nachkriegsgeschichte festgehalten. Nicht nur seine Partei und alle anderen, die manchmal mit ihm in Fehde lagen und doch seine Integrität schätzten, beklagen den Tod eines Mannes, dem, nehmt alles nur in allem, ein bedeutender Platz in der Geschichte unseres Staatswesens gebührt.

Deklassiert ?

Wenn Generäle a.D. reisen ...

Von Günter Grossmann

Es gibt Fakten, die auf verschiedenen Seiten auch verschiedenartige Wehwechen hervorrufen. Da kommen ehemalige höhere Berufsoffiziere zu einer Informationstagung nach Bonn zusammen; von der Sache her also kein Grund zur Aufregung. Aber manche Leute wollen sich gerne aufregen.

Da ist zuerst einmal der Propaganda-Apparat in Ostberlin. Sogleich tönt es dort nach vorfabriziertem Schema, böse alte Hitlergeneräle kommen nach Bonn, um zusammen mit der Bundesregierung zu konspirieren. Solche Töne sind natürlich nicht einmal einer Erwiderung wert.

Aber andere Leute haben hierbei ganz andere Sorgen. Ein großes Boulevard-Blatt weint seinen Lesern dicke Tränen in den Morgenkaffee: Arme alte verdiente Bundeswehrgeneräle müssen, wenn sie nach Bonn gebeten werden, 2. Klasse fahren und dürfen, wenn der Anreiseweg unter 100 Kilometer beträgt, nur einen Personenzug benutzen.

Welch grenzenloser Jammer! - Das Blatt dozieren weiter, dies sei die abgrundtiefe Schlechtigkeit kleiner Bürokraten. Deren Rache bestehe darin, die Sparmaßnahmen auf die Herden der Nation auszudehnen.

Normalerweise würde sich jeder Staatsbürger freuen, wenn Sparmaßnahmen der Öffentlichkeit sich nicht nur immer wieder auf die unteren Ebenen auswirkten. Es sollte doch ein tröstliches Gefühl sein, wenn demokratisch-rechtsstaatliches Empfinden auch die Praxis der höheren Ränge beeinflusst. Nicht so jene Spießergazette, die wohl glaubt, sie hätte ihre Leser schon so weit verdummt, daß sie in dieses Klagelied mit einstimmen.

Bei der Höhe seiner Bezüge könnte es sich jeder pensionierte General leisten und vielleicht sogar zur Ehre machen, einen entsprechenden Differenzbetrag zu erlegen, wenn er eine bessere Wagenklasse und einen schnelleren Zug für seine Reise nach Bonn zu nehmen wünscht. Die Schlußbefürchtung des Blattes, die armen Offiziere dürften wenigstens auf ihrer Reise Zivil tragen, um dem erschütterten und ob der "Mißachtung" seiner Generäle vergrämten Staatsbürger den Anblick eines hohen Offiziers a.D. in der zweiten Klasse eines Personenzuges von Koblenz nach Bonn zu ersparen, ist daher wohl nicht mehr, als ein schlechter Witz. + - 4 -

Hilfe für Gastarbeiter

Schwedische Wochenzeitung in fünf Sprachen

K.K. - Die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte nach Schweden ist nach dem Zweiten Weltkrieg groß gewesen. Die Zahl der bei den Behörden als Ausländer angemeldeten Arbeiter und Angestellten (gegenwärtig etwa 170 000) sagt darüber nichts Entscheidendes aus, da viele der Eingewanderten mittlerweile die schwedische Staatsbürgerschaft erworben haben und in der Ausländerstatistik also nicht erscheinen. 1954 wurde mit den übrigen nordischen Ländern vereinbart, daß der nordische Arbeitsmarkt für alle Bürger der nordischen Länder offenstehe, so daß Arbeitsbewilligungen für solche Bürger in keinem der nordischen Länder mehr benötigt werden. Mehr als die Hälfte der angemeldeten ausländischen Arbeiter und Angestellten in Schweden kommen denn auch aus den nordischen Ländern.

Schweden war bis Ende 1966 das einzige Land Europas, das freie Einwanderung im Zusammenhang mit Arbeitssuche gestattet hat. Eingewanderte Ausländer konnten, nachdem sie einen Arbeitsplatz gefunden hatten, um Arbeitsbewilligung ansuchen und erhielten diese in der Regel auch. Dies führte nach der Wirtschaftsreform in Jugoslawien, die im Frühjahr 1965 erfolgte, zu einer solchen Masseneinwanderung jugoslawischer Staatsbürger, daß die Behörden der Schwierigkeiten nicht Herr wurden. So wurde denn verfügt, daß vom 1. März 1967 jeder nichtnordische Ausländer, der in Schweden Arbeit annehmen will, schon bei der Einwanderung die Arbeitsbewilligung in seinen Paß eingetragen haben muß. Das Ansuchen um diese Arbeitsbewilligung war mittlerweile von den schwedischen Behörden auch auf die Frage geprüft worden, ob der Einwanderer auch eine Wohngelegenheit hat.

Obwohl die größten Schwierigkeiten dadurch beseitigt sind, daß die regellose und freie Einwanderung ausländischer Arbeitssuchender unterbunden wurde, legt man in Schweden großen Wert darauf, daß die nationalen Minderheiten, die es infolge der Einwanderung gibt, nicht nur in den Arbeitsprozeß, sondern auch in die schwedischen Gesetze, Bräuche und gesellschaftlichen Möglichkeiten eingeführt werden.

Man wird die Arbeitsgruppe für Einwandererfragen, die dem Innenministerium unterstellt ist, eine Wochenzeitung in fünf Sprachen herausgeben; in serbo-kroatisch, italienisch, finnisch, deutsch und griechisch. Die Zeitung wird zunächst kostenlos verteilt werden, später jedoch soll sie von den Lesern bezahlt werden, wenn auch zu einem niedrigen Preis - der Staat wird sie stützen. Die Zeitung soll auch den ausländischen Urlaubsreisenden eine Hilfe werden. Zwar bringen die schwedischen Tageszeitungen während der Urlaubszeit täglich eine englischsprachige "Ecke", aber es hat sich herausgestellt, daß dies zumindest für die deutschsprachigen Reisenden eine geringe Hilfe ist; deren Anzahl ist weitaus größer als jene der englischsprachigen.

Die Gewerkschaftszentrale unterstützt alle Bestrebungen, die auf eine reibungslose und vernünftige Einpassung der ausländischen Arbeiter in das Tagesleben Schwedens gerichtet sind. Sie meint auch, daß die Minderheiten die Möglichkeit bekommen sollen, ihre besonderen kulturellen, sprachlichen und religiösen Bedürfnisse trotzdem zu befriedigen.

Die demokratische Opposition in Griechenland formiert sich.

Erster illegaler Aufruf der Zentrums-Union

* Vor einigen Tagen erhielten wir aus Athen den ersten Aufruf *
* der illegalen Zentrums-Union gegen die Militärjunta. Hatten *
* die Kommunisten zunächst versucht, eine Art Volksfrontbewe- *
* gung zustande zu bringen, so scheint jetzt die Widerstands- *
* bewegung der Zentrums-Union des inhaftierten früheren Mini- *
* sterpräsidenten Georg Papandreou die Plattform des Wider- *
* standes gegen die Diktatur zu werden. Die Zentrums-Union *
* formierte sich in der "Demokratisch-Nationalen Widerstands- *
* bewegung" (DEKA), deren programmatisches Manifest in klarer *
* Abgrenzung von den Kommunisten zeigt, welche Ziele die De- *
* mokraten Griechenlands verfolgen. *

Die Redaktion

* * *

Das Manifest analysiert zunächst die entscheidenden Rückschläge, die das Land seit dem Putsch auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet betroffen haben. Der Staatsstreich habe das Land in eine wirtschaftliche Rückständigkeit gestürzt, der Lebensstandard stagniere und jeder Fortschritt sei ausgeblieben, da das Volk in einer passiven Resistenz die Mitarbeit verweigere. Solange in Griechenland die demokratischen Grundrechte mit Füßen getreten werden, werde es keinen wirtschaftlichen Fortschritt geben.

Die DEKA erklärt in ihrem Manifest, daß sie mit allen Mitteln folgende Ziele anstrebt:

"Vertreibung der faschistischen Militärjunta.

Unmittelbare Befreiung aller politischen Häftlinge.

Bildung einer All-Parteien-Regierung zur Durchführung von freien Wahlen innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Ein gewähltes Parlament soll umgehend die Revision der nicht-grundlegenden Artikel der Verfassung - unberührt bleibt also die Staatsform - vornehmen: Stärkung der Legislative, Garantien für die Wahrung der Bürgerrechte."

Das Manifest erklärt die Dankbarkeit aller Griechen gegenüber den freien Bürgern aus aller Welt, den Staaten, den demokratischen,

politischen und gewerkschaftlichen sowie kulturellen Organisationen, die vom ersten Tag des Putsches an ihre Solidarität bekundet haben. Es fordert gleichzeitig wirksame Maßnahmen seitens der Partner-Organisationen, mit denen Griechenland verbunden ist. "Die drastische Bekämpfung der neuen totalitaristischen Gefahr, die an die Tore Europas klopft, ist nicht nur aus Gründen der demokratischen Solidarität unabdingbar, sondern weil es hier um die grundlegende Selbstbehauptung des freien Europa geht!"

Die DEKA wendet sich an das Staatsoberhaupt, den König, und betont:

"Das Staatsoberhaupt, das geschworen hat, konstitutioneller König und nicht absoluter Monarch zu sein, ist in einem einzigen Fall voll verantwortlich: Der König hat Garant und Hüter der Verfassung zu sein. Wenn die Putschisten wirklich ohne seine Billigung und Einflußnahme gehandelt haben sollten - wie sie selbst behaupten, ohne daß es dementiert wurde -, dann ist es die Pflicht des Staatsoberhauptes, seinen Eid zu erfüllen und jede Zusammenarbeit mit der Pseudoregierung abzulehnen.

Georg Papandreou hatte gesagt, daß in Griechenland eine Diktatur ohne die Billigung des Königs nicht möglich sei. Auch wenn das nicht absolut gültig sein kann, so ist doch sicher, daß ohne die nachträgliche Genehmigung oder die Duldung als "vollendete Tatsache" sich die Diktatur nicht behaupten kann. Jeder Tag, der ohne eine entscheidende Reaktion des Staatsoberhauptes vergeht, vergrößert seine Verantwortlichkeit und wird schließlich zu einer Identifikation mit den Putschisten führen.

Die DEKA bittet niemanden. Sie glaubt an ihre eigenen Möglichkeiten und an die Macht des Widerstandswillens des gesamten griechischen Volkes. Mit der moralischen und materiellen Unterstützung der Weltöffentlichkeit glaubt sie unbedingt an den Sieg der Freiheit. Es lebe die Demokratie! Nieder mit der Junta!"